

Berufswahl, Berufslehre und Schule

Die Jungen müssen besser auf die berufliche Zukunft vorbereitet sein

Der Wettbewerb um Schulabgänger und der Kampf um Talente spitzt sich zu. Das fordert nicht nur Lehrbetriebe und Branchenverbände heraus. Es hat auch Konsequenzen für die Volksschule und die Anforderungen an den «Lehrplan 21», der zurzeit in der Konsultation ist. Dabei sind auch die Arbeitgeber und ihre Organisationen gefordert. **Jürg Zellweger**



Bild: Keystone/Martin Ruerschi

Jugendliche (hier an einer Berufsmesse) sollten sich die Wahl ihres Berufes gut überlegen und schon in der Schule über die entsprechenden Möglichkeiten informiert werden.

Das Geschehen auf dem Lehrstellen-Markt sorgt für Gesprächsstoff: «So kämpfen Firmen um ihre Stifte», titelte kürzlich der «Blick» – und berichtete darüber, mit was für Geschenken gewisse Firmen mittlerweile um die Gunst von Lehrlingen werben: Von Reisen und Prämien bis zum Motorroller und Kleinwagen reichten die «Goodies».

Eine Erklärung für den Wettbewerb um Talente auf Lehrlingsstufe liegt in der demografischen Entwicklung: Nachdem die Zahl der Schulabgänger während 15 Jahren stetig gestiegen war, setzte 2009 ein Abwärtstrend ein, der bis 2018 andauern dürfte. Auf dem Lehrstellenmarkt diagnostizierte der Lehrstellenbarometer des Bundes im Frühling einen Angebotsüberhang von 3500 Ausbildungsplätzen. Mit einer einzigen Ausnahme im Jahr 2011 hatte dieser Indikator in den letzten Jahren dagegen immer Nachfrageüberhänge angezeigt – und damit einen Mangel an Lehrstellen.

Zahl potenzieller Lehrlinge schrumpft

Diese Zeiten sind nun bis auf weiteres vorbei. Das Bundesamt für Statistik (BFS) geht davon aus, dass

die Zahl der Berufslernenden im ersten Ausbildungsjahr bis ins Jahr 2018 auf 78 700 schrumpfen wird. 2011 waren es noch 82 200. Der Trend ist derzeit also klar rückläufig. Erst nach 2018 soll wieder ein leichter Anstieg erfolgen.

Die rückläufige Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger hat zur Folge, dass sich die Konkurrenz um Nachwuchs auch zwischen der beruflichen Grundbildung und den Mittelschulen verschärft. Dabei geht das BFS davon aus, dass die Eintrittszahlen an Gymnasien und Fachmittelschulen tendenziell ansteigen: von 27 900 Mittelschülern im Jahr 2011 auf 29 100 im Jahr 2021. Das heisst umgekehrt: Das Reservoir an potenziellen Berufslernenden kommt noch stärker unter Druck. Dies, obwohl es grosse kantonale Unterschiede gibt: So erwarten Kantone wie Zürich, Genf, Waadt, Tessin oder Aargau noch eine Zunahme von Berufslernenden. Demgegenüber rechnen sieben Kantone in der Ost- und Zentralschweiz mit einem Rückgang von rund 15 Prozent bis 2021.

Klar ist deshalb: Lehrbetriebe und Branchenverbände müssen sich künftig vermehrt anstrengen,

um ihre Lehrstellen zu besetzen (mehr dazu im Beitrag ab Seite 16). Sie müssen ihre Ausbildungsangebote und Arbeitsbedingungen für Berufseinsteiger besser vermarkten und attraktiv gestalten. Gefordert sind aber auch die Jungen selber sowie das Ausbildungssystem: Die Jugendlichen sollten sich für eine Ausbildung entscheiden, die möglichst gut mit den eigenen Fähigkeiten, Neigungen und Zukunftsvorstellungen übereinstimmt. Und das Ausbildungssystem sollte dazu beitragen, die Persönlichkeitsentwicklung und Selbstkompetenz der Jugendlichen möglichst gut zu fördern – damit diese am Ende der obligatorischen Schulzeit eine bewusste Wahl zu ihrer künftigen Ausbildung treffen und sich früher oder später auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden können.

Lehrbetriebe und Verbände sind gefordert

Gleichzeitig sollten Lehrbetriebe und die Branchenverbände genau wissen, wie die Berufswahl-Prozesse an den Schulen ablaufen. Nur dann können sie wichtige Fragen wie diese beantworten: Wann sollte man Schüler an Informationsveranstaltungen über Berufe orientieren? Wann und für wen eignet sich eine Schnupperlehre? Welche Informations- und Unterrichtsangebote sind gefragt? Wann ist der beste Zeitpunkt für die Selektion der Lernenden und allfällige Eignungstests?

Klar ist auch: Die Wahl eines Berufes, einer Lehrstelle oder einer weitergehenden schulischen Ausbildung (etwa Gymnasien und Hochschulen) sollte das Ergebnis eines wohlüberlegten Berufs- und Schulwahl-Prozesses sein, bei dem nicht nur gute Noten eine Rolle spielen. Dabei ist zu bedenken, dass der aktuelle Trend, statt eine Berufslehre eine akademische Laufbahn zu wählen, oft auf ungenügenden Kenntnissen über die Vorteile und Chancen unseres hochstehenden Berufsbildungssystems basiert (etwa bei Eltern oder zugewanderten Familien).

Die Risiken einer akademischen Ausbildung (wie Ausbildungsabbrüche, nicht-adäquate Beschäftigung nach dem Studium) werden oft ausgeblendet. Das trägt dazu bei, dass der Berufsbildung dringend benötigte Talente entzo-

gen werden, während andererseits gymnasial-akademische Ausbildungsstätten mit Schülern respektive Studenten belastet werden, für die eine berufsorientierte Aus- und Weiterbildung im eigenen Interesse sachdienlicher wäre.

Konsequenzen für die Volksschule und Lehrplan 21

Die Berufs- und Schulwahl-Vorbereitung ist ein wichtiger, aber auch komplexer Prozess, bei dem eine enge Zusammenarbeit von Schülern, Eltern, Bildungsinstitutionen, Berufs- und Studienberatungen sowie der Wirtschaft nötig ist. Dass dabei die Volksschule eine wirksame und koordinierende Funktion wahrnehmen muss, ist offenkundig. Die Rahmenbedingungen für diesen Prozess und die Lehrstoffe der Volksschule sollen nun mit dem «Lehrplan 21» harmonisiert werden, auf den sich die Erziehungsdirektoren der deutschschweizer Kantone verständigt haben. Er ist bis Ende Jahr in der Konsultation und soll (nach einer eventuellen Überarbeitung) ab Herbst 2014 eingeführt werden.

In diesem Kontext sind auch die Arbeitgeber und ihre Organisationen aufgefordert, ihre Ansprüche an die Berufs- und Schulwahl-Vorbereitung zu formulieren. Aus Arbeitbersicht stehen folgende Punkte im Vordergrund:

- Die Berufs- und Schulwahl-Vorbereitung auf allen Niveaus der Sekundarstufe I (7. bis 9. Schuljahr) sollte verbindlich in den Lehrplänen verankert werden. Es muss das Ziel sein, alle Jugendlichen professionell zur Berufs- und Schulwahl-Bereitschaft zu führen.
- Es braucht effiziente Konzepte, um den systematischen und rollengerechten Einbezug von Eltern, Berufsberatungen, Ausbildungsbetrieben und Verbänden sicherzustellen.
- Nötig sind praxistaugliche und erprobte Lehrmittel für die gesamte Dauer des Berufswahl-Prozesses, welche den Bezug zur Wirtschaft, zu Leistungs- und Eignungstests sowie einem allfälligen «Case Management» für Jugendliche mit Schwierigkeiten sicherstellen.
- Die Lehrpersonen müssen für die Auslösung, Moderation und Steuerung der Berufs- und Schulwahl-Vorbereitung

ausgebildet sein. Sie sollten möglichst auch über praktische Erfahrung in der Wirtschaft und entsprechende regionale Kontakte verfügen.

- Es sollte genügend Zeit für diese Themen zur Verfügung stehen – verteilt über die drei letzten Schuljahre.
- Es sollte eine Begriffsklärung erfolgen, damit alle Beteiligten die gleiche Sprache sprechen und eine effektive Koordination zwischen den Partnern möglich wird.

Letzteres sollte schon bei der Benennung des Unterrichtsbereiches erfolgen, von dem hier die Rede ist: Der Begriff «Berufliche Orientierung», wie das fächerübergreifende Thema derzeit im Entwurf zum Lehrplan 21 genannt wird, vermittelt den Eindruck, dass es lediglich um die Information über Berufe geht. Dabei geht es um viel mehr, nämlich um einen umfassenden Orientierungsprozess für alle Absolventen der Volksschulen – also auch diejenigen, die vorerst weiter einen schulischen Weg gehen wollen.

Im Interesse aller, auch der Arbeitgeber

Fazit: Ein gelungener Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung oder in eine weiterführende Schule ist absolut zentral. Nicht nur für die Jugendlichen selber, sondern auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Auch die Arbeitgeber haben ein grosses Interesse daran, dass das Schulsystem dazu beiträgt, die Entscheidungskompetenzen der Jugendlichen mit Blick auf ihren Werdegang sowie ihre Beschäftigungsfähigkeit (Employability) zu fördern. Dies umso mehr, weil sich die Arbeitgeber an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf immer wieder mit neuen gesellschaftlichen Forderungen konfrontiert sehen – wie etwa der Schaffung von (niederschweligen) Ausbildungsplätzen oder der fairen und geordneten Selektion für die Berufslehren. ■

Jürg Zellweger ist Mitglied der Geschäftsleitung des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.